

PROTOKOLL

Sitzung des Rates der Stadt Celle

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.12.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:20 Uhr
Ort, Raum: Alte Exerzierhalle, Am Französischen Garten 1, 29221 Celle

anwesend

Vorsitz

Ratsvorsitzender Joachim Falkenhagen

Mitglieder

Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende

Bürgermeister Heiko Gevers

Bürgermeister Dr. med. Udo Hörstmann

Beigeordneter Dr. Michael Bischoff ab 18:04 Uhr (TOP 6)

Ratsherr Ralf Blidon

Ratsherr Patrick Brammer

Ratsherr Hartmut Cewe

Ratsherr Klaus Didschies

Beigeordneter Joachim Ehlers

Ratsfrau Iris Fiss

Ratsherr Axel Fuchs

Ratsfrau Hannelore Fudeus

Ratsherr Selam Hagos ab 18:15 Uhr (TOP 10)

Beigeordnete Katja Hufschmidt-Bergmann

Ratsherr Dr. Walter Jochim

Ratsfrau Jutta Jung

Ratsfrau Judith Knabe

Ratsherr Dr. Hartmut Knigge ab 19:00 Uhr (TOP 14)

Ratsfrau Gerda Kohnert

Ratsfrau Antoinette Kämpfert

Ratsfrau Inga Marks

Ratsherr Oliver Müller

Ratsherr Stephan Ohl

Ratsfrau Sabine Pfeiffer

Beigeordneter Jens Rejmann

Beigeordneter Jürgen Rentsch
Ratsherr Dr. Jörg Rodenwaldt
Ratsherr Roger Scherer
Ratsherr Hans Werner Schmidtmann
Ratsherr Torsten Schoeps
Ratsfrau Juliane Schrader
Ratsherr Joachim Schulze
Ratsherr Michael Schwarz
Ratsherr Norbert Schüpp
Ratsfrau Susanne Seitz
Ratsfrau Petra Sellien
Beigeordnete Behiye Uca
Ratsfrau Amei Wiegel
Ratsherr Reinhold Wilhelms
Beigeordneter Bernd Zobel
Ratsherr Dr. Tim Übermuth

ab 18:15 Uhr (TOP 10)

Verwaltung

Erster Stadtrat Thomas Bertram
Stadtrat Stephan Kassel
Stadtbaurat Ulrich Kinder
Frau Susanne McDowell
Herr Wolfgang Fischer
Herr Dirk Nothdurft
Frau Kerstin Klein
Herr Michael Frede

abwesend

Mitglieder

Ratsherr Ralf Busch entschuldigt

Zuhörer: Personen

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
4. Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung
5. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2015

6. Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kosten für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Celle
Vorlage: BV/0327/15-1
- 6.1. Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kosten für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Celle
Vorlage: BV/0327/15
7. Gebührensatzung des Stadtarchivs
Vorlage: BV/0314/15
8. Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek
Vorlage: BV/0326/15
9. Verabschiedung einer neuen Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle
Vorlage: BV/0271/15-1
- 9.1. Verabschiedung einer neuen Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle
Vorlage: BV/0271/15
10. Errichtung der Celler Zuwanderungsagentur AöR
Vorlage: BV/0437/15
- 10.1. Errichtung der Celler Zuwanderungsagentur AöR
Vorlage: BV/0437/15-1
11. Städtebaulicher Denkmalschutz
Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie
Vorlage: BV/0350/15-1
- 11.1. Städtebaulicher Denkmalschutz
Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie
Vorlage: BV/0350/15
12. 20. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Celle vom 15.11.1984 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 20.12.2013
Vorlage: BV/0270/15
13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 27 der Stadt Celle und die Örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen "Wohn- und Handelsquartier Bergstraße Südost"
- Entwurf und öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB und § 84 Abs. 3 und 4 NBauO i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: BV/0384/15
14. Beschlüsse zum Haushalt 2016 und zum HSK
- 14.1. Prüfauftrag Nr. 225 (Liste 3); Reduzierung der Spielplätze bzw. der bei deren Unterhaltung umgesetzten Standards
Vorlage: BV/0340/14-1

- 14.2. Sachstandsbericht Prüfauftrag Nr. 232 (Liste 3); Betriebsform des Fachdienstes "Kläwerk und Kanalbetrieb"
Vorlage: BV/0414/15-1
- 14.2.1 Sachstandsbericht Prüfauftrag Nr. 232 (Liste 3); Betriebsform des Fachdienstes "Kläwerk und Kanalbetrieb"
Vorlage: BV/0414/15
- 14.3. Antrag Nr. 47/2015 der CDU-Fraktion - Einrichtung eines Produktkontos "Ausbau und Erneuerung von Radverkehrsanlagen" im Finanzhaushalt 2016
Vorlage: BV/0455/15
- 14.4. Realsteuerhebesatzsatzung
Vorlage: BV/0425/15-1
- 14.4.1 Realsteuerhebesatzsatzung
Vorlage: BV/0425/15
- 14.5. Hundesteuersatzung der Stadt Celle
Vorlage: BV/0426/15
- 14.6. Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016 - Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: BV/0365/15-1
- 14.6.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016 - Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: BV/0365/15
- 14.7. Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016
Vorlage: /0424/15-1-1
- 14.7.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016
Vorlage: BV/0424/15-1
- 14.7.2 Haushaltssicherungskonzept 2015/2016
Vorlage: BV/0424/15
- 14.8. Haushaltsplan 2016
Vorlage: BV/0316/15-1
- 14.8.1 Haushaltsplan 2016
Vorlage: BV/0316/15
- 15. Mitteilungen der Verwaltung
- 15.1. Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Innenstadt an Wochenenden.
Anfrage Nr. 58/2015 der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.07.2015
Vorlage: MV/0348/15
- 15.2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen
Vorlage: MV/0376/15
- 15.3. Unterjähriges Berichtswesen: Bericht der Stadt Celle zum 30.09.2015
Vorlage: MV/0436/15

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Falkenhagen eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Falkenhagen stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil - siehe oben - wird vom Rat einstimmig bestätigt.

zu 4 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung

Ratsvorsitzender Falkenhagen gibt bekannt, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu 5 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2015

Der Rat genehmigt einstimmig bei 2 Enthaltungen den öffentlichen Teil des Protokolls vom 11.11.2015.

**zu 6 Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kosten für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Celle
BV/0327/15-1**

Ratsfrau Fiss geht zunächst auf den bisherigen Beratungsgang ein; u. a. sei der 1. Entwurf der Verwaltungsvorlage im Fachausschuss abgelehnt worden, da darin zum Teil Erhöhungen der Gebührentarife um ca. 1000% enthalten waren. Die Verwaltung habe dann diverse Punkte nachgearbeitet (unter Beteiligung der Vertreter der Feuerwehr) und diverse Gebührenerhöhungen entsprechend abgemildert. Jetzt könne dieser Vorlage zugestimmt werden.

Danach beschließt der Rat einstimmig die der o. g. Vorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kosten für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Celle.

**zu 6.1 Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kosten für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Celle
BV/0327/15**

Protokollierung siehe TOP 6.

**zu 7 Gebührensatzung des Stadtarchivs
BV/0314/15**

Der Rat beschließt einstimmig die ergänzte und angepasste Gebührensatzung des Stadtarchivs.

**zu 8 Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek
BV/0326/15**

Der Rat beschließt einstimmig die ergänzte und angepasste Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Celle.

**zu 9 Verabschiedung einer neuen Satzung über die Benutzung und die Gebühren
der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle
BV/0271/15-1**

Der Rat beschließt einstimmig die Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle in der vorgelegten Fassung.

**zu 9.1 Verabschiedung einer neuen Satzung über die Benutzung und die Gebühren
der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle
BV/0271/15**

Protokollierung siehe TOP 9.

**zu 10 Errichtung der Celler Zuwanderungsagentur AöR
BV/0437/15**

Der Oberbürgermeister erläutert ausführlich die in der o. g. Vorlage dargestellte Thematik und weist auf die besondere Herausforderung für die Stadt Celle hin. Derzeit sei die Notaufnahmesituation relativ entspannt, aber das Thema Zuwanderung werde Celle noch über viele Jahre beschäftigen und deshalb müsse entsprechend Vorsorge getroffen werden. Eine AöR sei das einzig sinnvolle Modell, um alles aus einer Hand leisten zu können. Neben einer Notunterkunft solle in Zusammenarbeit mit IHK, VHS usw. auch die Ausbildung und Integration der Flüchtlinge organisiert werden. Er bittet um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben.

Beigeordnete Uca verweist auf den Ratsbeschluss vom 14.10.2015, in dem die Rahmenbedingungen für die Organisation einer Erstaufnahme als Notunterkunft und eines Ausbildungs- und Qualifizierungsangebotes im Auftrag des Landes geschaffen worden sind. Die dafür zu gründende Anstalt solle die Stadt Celle dabei unterstützen. Hier habe sie jedoch Zweifel, da nunmehr in der vorgeschlagenen Satzung ein ganz anderer Zweck angegeben sei; es gebe keinen einzigen Hinweis darauf, dass die Agentur im Auftrag des Landes eine Erstaufnahmeeinrichtung betreiben soll. Weiterhin sei die Beschlussvorlage sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt worden und es werde erwartet, jetzt auf die Schnelle einen Beschluss zu fassen, ohne dass vorher eine Beratung im zuständigen Fachausschuss stattgefunden habe. Man habe die Befürchtung, dass die Flüchtlings- und Integrationspolitik der Stadt Celle in eine Agentur ausgelagert werde und somit die Einflussnahme der Ratsgremien verloren ginge. Der genannte Zweck „den städtischen Kernhaushalt von den Folgen der Flüchtlingsentwick-

lung weitgehend frei zu halten“ werde nicht mitgetragen, denn der Haushalt sei der Kern des Ratsgeschäfts und hier müsse hinreichend Transparenz geschaffen werden. Die Fraktion DIE LINKE/BSG werde hier nicht zustimmen.

Der Oberbürgermeister gibt dazu an, dass in keiner Weise die Politik aus der Flüchtlings- und Integrationspolitik der Stadt Celle ausgegrenzt werden solle; der Rat und dessen Ausschüsse blieben hier weiter zentral zuständig. Es erfolge nur eine organisatorische Ausgliederung, um schneller und effektiver handeln zu können. Mit der in Rede stehenden Entlastung des städtischen Haushaltes wolle man eine bessere Kostendarstellung ermöglichen; weiterhin solle verhindert werden, dass ggf. zukünftige Steuererhöhungen im städt. Haushalt mit den Flüchtlingen in Verbindung gebracht werden; dies führe womöglich zu Missverständnissen.

Beigeordneter Rentsch führt aus, dass die Projektgruppe intensiv gearbeitet habe. Die AöR sei als beste Lösung empfohlen worden und er sehe hier keine andere Alternative. Dadurch dass 5 Ratsmitglieder in dem Verwaltungsrat der AöR vertreten sein werden, halte die Politik die Zügel in der Hand. Die SPD-Fraktion werde zustimmen.

Bürgermeister Gevers erklärt, dass die hiesige Flüchtlings- und Integrationspolitik besser durch die Stadt als durch das Land zu lösen sei. Die Prüfung habe ergeben, dass dafür eine AöR die beste Organisationsform sei. Die Politik sei über den Verwaltungsrat gut vertreten und es sei jederzeit eine Einflussnahme möglich. Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass er schon mehrfach eine intensivere und längere Beratung bei solch wichtigen Themen angeregt habe; es könne nicht sein, dass bei solch komplexen Sachverhalten erst 1-2 Tage vor Beschlussfassung die Unterlagen den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin merkt er an, dass nur 4 von 7 Fraktionen in dem in Rede stehenden Verwaltungsrat vertreten sein werden; 3 kleinen Fraktionen werde die Mitarbeit nicht ermöglicht. Im Übrigen sei Anfang des Jahres der einst eigenständige Integrationsausschuss abgeschafft worden; dies zeige den Stellenwert der Integrationsarbeit in den politischen Gremien.

Beigeordneter Zobel gibt an, dass über dieses ganze Vorhaben relativ zügig informiert worden sei. Sicherlich sei die Auflösung des damaligen Integrationsausschusses nicht optimal gewesen, doch eine inhaltliche Beratung sei jederzeit im neu gegründeten Ausschuss für Schulangelegenheiten, Soziales und Integration möglich. Bei der Flüchtlings- und Integrationspolitik seien nicht Rechtsformen entscheidend, sondern die alltägliche Arbeit an der Basis. Weiterhin bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob die 3 kleinen Fraktionen, die keinen stimmberechtigten Sitz im Verwaltungsrat erhalten werden, ggf. beratend als Gäste oder als Grundmandatsinhaber mitwirken können. Der Oberbürgermeister gibt dazu an, dass man bei solch einem Organ nicht ohne weiteres zusätzliche Mitglieder berufen könne. Man werde rechtlich prüfen, welche Möglichkeiten hier ggf. in Betracht kommen (evtl. über die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates).

Abschließend entscheidet der Rat mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen wie folgt:

- 1) Der Rat beschließt die Satzung zur Errichtung der Celler Zuwanderungsagentur als kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts in der beratenen Fassung.
- 2) Der Rat bestellt folgende Ratsmitglieder für fünf Jahre zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der Celler Zuwanderungsagentur AöR:
 - Bürgermeister Heiko Gevers (CDU-Fraktion)
 - Ratsfrau Hannelore Fudeus (CDU-Fraktion)
 - Beigeordneter Jürgen Rentsch (SPD-Fraktion)
 - Ratsfrau Susanne Seitz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
 - Ratsfrau Iris Fiss (Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN)

- 3) Der Rat weist die Mitglieder des Verwaltungsrates der Celler Zuwanderungsagentur AöR an, in ihrer ersten Sitzung nach Inkrafttreten der Satzung Herrn Städtischen Oberrat Frank Reimchen für fünf Jahre zum Vorstand der Anstalt zu bestellen.

**zu 10.1 Errichtung der Celler Zuwanderungsagentur AöR
BV/0437/15-1**

Protokollierung siehe TOP 10.

**zu 11 Städtebaulicher Denkmalschutz
Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie
BV/0350/15-1**

Stadtbaurat Kinder erläutert die o. g. Vorlage und bittet um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben. Ratsherr Cewe trägt vor, dass im März d. J. angeregt worden sei, den max. Zuschuss bei Vollmodernisierungen von Baudenkmalern von 100.000,-€ auf 150.000,-€ anzuheben; dies sei erfreulicherweise umgesetzt worden und deshalb werde man hier zustimmen.

Danach beschließt der Rat einstimmig die 2. Änderung der Förderrichtlinie der Altstadt Celle gemäß der Anlage der o. g. Vorlage.

**zu 11.1 Städtebaulicher Denkmalschutz
Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie
BV/0350/15**

Protokollierung siehe TOP 11.

**zu 12 20. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Celle vom 15.11.1984 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 20.12.2013
BV/0270/15**

Der Rat beschließt einstimmig die der o. g. Vorlage als Anlage 1 beigefügte 20. Verordnung.

**zu 13 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 27 der Stadt Celle und die Örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen "Wohn- und Handelsquartier Bergstraße Südost"
- Entwurf und öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB und § 84 Abs. 3 und 4 NBauO i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB
BV/0384/15**

Stadtbaurat Kinder erläutert die o. g. Vorlage und bittet um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

1. Dem Verfahrenswechsel für einen Teilbereich des sich in Aufstellung befindenden Bebauungsplan Nr. 148 „Stadtquartier Am kleinen Plan“ von einem regulären Bebauungsplan in einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der Bezeichnung vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 27 „Wohn- und Einzelhandelsquartier Bergstraße Südost“ wird zugestimmt.
2. Dem Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 27 der Stadt Celle „Wohn- und Einzelhandelsquartier Bergstraße Südost“ einschließlich des zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplanes und der Örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen sowie der zugehörigen Begründung wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt und deren öffentliche Auslegung beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB und § 84 Abs. 3 und 4 NBauO i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

zu 14 **Beschlüsse zum Haushalt 2016 und zum HSK**

Ratsvorsitzender Falkenhagen schlägt für die heutigen Haushaltsberatungen folgende Verfahrensweise vor:

- Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten solle keine separate Diskussion erfolgen, sondern über den Haushalt solle insgesamt debattiert werden.
- Abweichend von § 10 Abs. 5 der Geschäftsordnung soll eine Sprecherin oder ein Sprecher für eine Fraktion 15 Minuten Redezeit erhalten. Alle weiteren Redner erhalten eine Redezeit von 5 Minuten.

Im Rat besteht Einvernehmen so zu verfahren.

Der Ratsvorsitzende gibt danach einen aktuellen Sachstand zu diversen haushaltswirksamen Fraktionsanträgen:

- **Antrag Nr. 47/2015** der CDU-Fraktion - Einrichtung eines Produktkontos "Ausbau und Erneuerung von Radverkehrsanlagen" im Finanzhaushalt 2016 = grds. **erledigt**.
- **Antrag Nr. 58/2015** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Anfrage zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Innenstadt an Wochenenden" = **erledigt**.
- **Antrag Nr. 76/2015** der WG-Fraktion "Einrichtung eines Haushaltsansatzes von 30.000,-€ zur Wiederherstellung von Barrierefreiheit in der Innenstadt" = **erledigt**.
- **Antrag Nr. 82/2015** der SPD-Fraktion "Haushaltsplan 2016 - keine Nettoneuverschuldung" = **erledigt**.
- **Antrag Nr. 83/2015** der SPD-Fraktion "Haushaltsplan 2016 - zeitliche Begrenzung der Steueranhebungen" = **erledigt**.
- **Antrag Nr. 84/2015** der WG-Fraktion "Haushalt 2016 - Prüfung möglicher Aufgabenneuordnungen" = **verwiesen** zur weiteren Beratung im Ausschuss für Finanzen, Personal und Verwaltungsmodernisierung.
- **Antrag Nr. 86/2015** der CDU-Fraktion "Erhöhung des Zuschusses für die CD-Kaserne" = grds. **erledigt** (Empfehlung des zuständigen Fachausschusses: Zuschuss von 12.000,-€).
- **Antrag Nr. 87/2015** der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Abgabe der Bereiche Gebäudemanagement und Grundstücksbewirtschaftung an die WBG" = **verwiesen** zur weiteren Beratung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.
- **Antrag Nr. 88/2015** der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Erarbeitung eines Entwurfs zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der WBG i. S. Übertragung des städt. Gebäudemanagements und der Grundstücksbewirtschaftung an die WBG (siehe Antrag Nr. 87/2015) = **verwiesen** zur weiteren Beratung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.

- **Antrag Nr. 89/2015** der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Aufforderung an die Verwaltung, Anträge nach § 1 Abs. 2 AG SGB VIII ab das Land zu stellen, damit zukünftig Aufgaben nach § 2 SGB VIII vom Landkreis übernommen werden, die eigentlich in deren Bereich fallen" = **verwiesen** zur weiteren Beratung im Ausschuss für Finanzen, Personal und Verwaltungsmodernisierung und im Jugendhilfeausschuss.
- **Antrag Nr. 90/2015** der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Anfrage an die Verwaltung, welche Straßen in den Kostenstellen 541000 / 0960192 / 7872098 und 541100 / 0960399 / 7872263 in den Jahren 2015 bis 2019 mit welchen Beträgen enthalten sind" = **erledigt**.
- **Antrag Nr. 91/2015** der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "HSK 2016 - keine Umsetzung der vorgesehenen Anhebung des Elternanteils von 25% auf 30%" = Antrag des Antragsstellers auf Einzelabstimmung unter TOP 14.6.

Aus der Mitte des Rates kommt hierzu kein Widerspruch.

Ratsherr Schulze als Vorsitzender des Ausschuss für Finanzen, Personal und Verwaltungsmodernisierung trägt vor, dass die diesjährige Entwicklung des städtischen Haushaltes einer Achterbahnfahrt gleichgekommen sei, denn diese sei gekennzeichnet gewesen von großen Gewerbesteuerbrüchen und der anhaltenden Krise in der Erdölindustrie. Folglich musste der Haushalt neu justiert werden und drastische Einschnitte seien erforderlich gewesen. Der Stadtkämmerer habe gut gearbeitet und ein großer Dank gehe an die Verwaltung und den Mitgliedern seines Ausschusses. Die Beratungen seien immer sachlich und zum Wohle der Stadt verlaufen. Bezüglich der Steuerpolitik habe es unterschiedliche Einschätzungen gegeben, aber im Interesse der notwendigen Haushaltssanierung seien Kompromisse gefunden worden. Hier sei die Gewerbesteuer zwar nur um 30%-Punkte angehoben worden, dennoch werde eine beachtliche Mehreinnahme generiert und die Neuverschuldung bleibe unter den avisierten 16 Mio. Euro, so dass eine Genehmigung durch das zuständige Landesministerium zu erwarten sei. Danach geht Ratsherr Schulze noch auf die Beratungen zu den Punkten „Neuberechnung der Elternentgelte“ usw. bei den Kita-Gebühren und die Erhöhung des Zuschusses an die CD-Kaserne ein. Weiterhin müsse mit dem Landkreis noch über eine neue Jugendhilfevereinbarung sowie über die Flüchtlingsthematik diskutiert werden; dies wirke sich für die Stadt tws. nachteilig auf die Kreisumlage aus. Er bittet den Rat, dem vorliegenden Haushaltsplan sowie dem HSK und dem Stellenplan in der beratenden Fassung zuzustimmen.

Beigeordneter Rentsch berichtet, dass es ursprünglich das Ziel gewesen sei, bis 2017 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Jetzt habe sich jedoch die Lage dramatisch verschlechtert und trotz moderater Steuererhöhungen entstünde immer noch ein hohes Mio.-Defizit. Deshalb seien weitere Sparbemühungen notwendig. Die Verwaltung habe viele Einsparvorschläge unterbreitet und auch die SPD-Fraktion habe Anträge zum Haushalt gestellt (siehe Antrag Nr. 82 + 83/2015), die in die Beratungen mit eingeflossen sind. Der Oberbürgermeister müsse mit dem Land und dem Landkreis weiter verhandeln, um möglichst neue finanzielle Ressourcen zu generieren. Der Wunsch, die Kita-Gebühren möglichst gering zu halten, sei nachvollziehbar, aber könne derzeit nicht geleistet werden. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt 2016 zustimmen.

Ratsherr Schüpp weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion bereits zu Beginn des Jahres auf einen möglichen Einbruch bei der Gewerbesteuer wegen der schlechten Entwicklung in der Bohr- und Erdölzulieferindustrie hingewiesen habe (siehe Antrag Nr. 19/2015). Auf Nachfrage, welche Auswirkungen eine deutliche Minderung des Gewerbesteueraufkommens im Jahr 2015 haben könne, sei von der Verwaltung mitgeteilt worden, dass eine belastbare Prognose, ob es zu einem Einbruch des Gewerbesteueraufkommens für 2015 und/oder künftiger Jahre kommen werde, zu diesem frühen Zeitpunkt nicht abgegeben werden könne. Die Verwaltung wollte die weitere Entwicklung mit der gebotenen Aufmerksamkeit verfolgen. Hier sei eine angebliche Sicherheit suggeriert worden, leider erwies sich dies als derbe Fehleinschätzung und jetzt müsse man ein Defizit von rd. 16 Mio. Euro stemmen. Schon damals habe die CDU-Fraktion einen möglichen Weg aufgezeichnet, durch strenge Haushaltsdisziplin usw.

die städtischen Finanzen wieder fit zu machen, doch leider wollte hier keiner folgen. Aufgrund der finanziellen Misere sei dann doch noch rechtzeitig das Erwachen gekommen und es wurden neue Ideen und Konzepte entwickelt. Ziel müsse es sein, alsbald einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, das heißt auch, dass in diversen Bereichen von alten Besitzständen Abschied genommen werden müsse (z. B. im Bereich Kultur, Sport, Verwaltung und Politik). Bei der Erarbeitung des HSK habe die CDU-Fraktion sinnvolle Kompromisse erwirkt und im investiven Bereich sei empfohlen worden, keine Nettoneuverschuldung zuzulassen. Wichtige Projekte sollen jedoch weiter vorangetrieben werden (z. B. Nordwall, Allerinsel) und die avisierten Reformen innerhalb der Verwaltung (z. B. Ausgliederung des Klärwerks und des Kanalbetriebes in einen Eigenbetrieb) werden begrüßt. Seit 2013 habe die CDU-Fraktion diverse Anträge gestellt, um den städtischen Haushalt auf Kurs zu halten, leider sei durch externe Einflüsse der heimischen Wirtschaft geschadet worden und die Celler Betriebe und die Stadt müssten dies nun ausbaden. Man komme nicht umhin, die Einnahmen zu erhöhen und müsse auch auf Hinweise des zuständigen Landesministeriums reagieren, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen. Trotz alledem habe die CDU-Fraktion die vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung von 40%-Punkte nicht mitgetragen und man habe sich später auf 30%-Punkte geeinigt. Diesen Vorschlag werde die CDU-Fraktion mehrheitlich unterstützen. Auch bei der Grundsteuer sei der Vorschlag der Verwaltung abgemildert worden. Insgesamt handele es sich bei den Steuererhöhungen um keine populären Maßnahmen, jedoch seien diese Maßnahmen unerlässlich, um den Haushalt 2016 genehmigt zu bekommen und somit Schaden von der Stadt abzuwenden.

Ratsherr Blidon erklärt, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich dem Haushalt zustimmen werde, aber einige Punkte sehe man dennoch kritisch. Die Erhöhung der Hundesteuer sei das falsche Signal, denn die zusätzlichen Einnahmen werden zur allgemeinen Sanierung des Haushaltes und nicht zweckgebunden verwendet. Weiterhin sinke der Anreiz, ein Hund aus dem Tierheim zu holen. Die Kürzung bei der Sportförderung sei zunächst zurückgestellt worden; dies werde befürwortet bzw. davon sollte gänzlich Abstand genommen werden, da der Sport viel für die Stadt leiste und das sei mehr wert als die prognostizierte Einsparung von rd. 40.000,-€. Das ursprünglich geplante Staffelmodell bei den Kita-Entgelten müsse überarbeitet und sozialverträglicher gestaltet werden. Ebenso würde man den geplanten Steuererhöhungen nicht zustimmen, da zum einen die erhöhte Grundsteuer oft nicht der Eigentümer zahle, sondern i.d.R. an den Mieter weitergegeben werde. Zum anderen sehe man bei der Erhöhung der Gewerbesteuer die Gefahr, dass sich Unternehmen attraktivere Standorte suchen und abwandern werden.

Beigeordneter Zobel führt aus, dass die Haushaltskonsolidierung seit Jahren die Haushaltsberatungen bestimme. Das Jahr 2016 werde insbesondere von den Unwägbarkeiten im Bereich der Gewerbesteuer beeinflusst, mit einem Einbruch der Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe hätte aber kaum jemand gerechnet. Hinzu gekommen sei die Flüchtlings- und Zuwanderungsthematik, diesbezüglich seien bisher rd. 750 Asylsuchende der Stadt zugewiesen worden; dazu kommen noch Hunderte von Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Scheuen und Wietzenbruch. Hier stehe die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration der Asylsuchenden an erster Stelle. Beim vorgelegten HSK komme der Realsteuerhebesatzung einer besonderen Bedeutung zu, denn die Einnahmeseite dürfe nicht tabu sein. Die bisher angestrebte schwarze Null im Haushalt 2017 sei illusorisch. Daher plädiere seine Fraktion für eine Anhebung der Gewerbesteuer auf 450 Punkte und für eine Anhebung der Grundsteuer B auf 490 Punkte; mit diesen Hebesätzen sei man keinesfalls an die Spitze vergleichbarer niedersächsischer Städte. Von besonderer Bedeutung sei die vorgesehene Erhöhung der Kita-Gebühren. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Elternanteils von 25% auf 30% lehne man ab (siehe Antrag Nr. 91/2015), denn die Kita-Eltern müssten in dieser Hinsicht schon genug Mehrbelastungen hinnehmen. Begrüßt werden die vorgesehenen Baumaßnahmen „Cramer“ und „Altes Feuerwehrgelände“ und man hoffe auf eine zügige Umsetzung der Ergebnisse des Investorenwettbewerbs „Allerinsel - Wohnen am Stadthafen“. Im Bereich der Allerinsel könne man durchaus noch weitere städtebauliche Impulse generieren. Für die Planung des gegenläufigen Ausbaus des Nordwalls wünsche sich seine Fraktion mehr Klarheit, denn hier sei

eigentlich 2016 das Ende der Baumaßnahmen vorgesehen gewesen. Weiterhin stellt er fest, dass die beschlossene Reduzierung des städtischen Anteils am Klimaschutzfonds um 10.000,-€ das falsche Signal gewesen sei, denn hier sollten neben den bereits initiierten Projekten noch weitere Vorhaben entwickelt werden. Die vorgesehenen 70.000,- € aus dem Klimaschutzfonds für die Erneuerung von Radverkehrsanlagen seien zu hoch angesetzt, denn hierunter würden andere Projekte leiden; der Vorschlag der Verwaltung, diese Mittel anderweitig bereitzustellen, sei zielführender. Im Rahmen der Schulentwicklung im Stadtgebiet warnt er davor, die Oberschule Auf der Heese im Hauruck-Verfahren zur zweiten IGS zu erklären; solche schulpolitischen Veränderungen müssten umfassend pädagogisch vorbereitet werden. Abschließend erklärt Beigeordneter Zobel, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen werde.

Bürgermeister Dr. Hörstmann trägt vor, dass man sich - wie in den vergangenen Jahren – wieder mit einem hoch defizitären Haushalt beschäftigen müsse. Daran habe auch nichts die damalige Beauftragung der KGSt geändert, hier sei viel Geld verbrannt worden, da die gemachten Vorschläge nicht zu den gewünschten Verbesserungen im Haushalt geführt hätten. Jetzt komme das übliche Szenario: wenn die Verschuldung steigt, baue der Oberbürgermeister wieder die übliche Drohkulisse der Kommunalaufsicht auf und ihm falle - in trauter Einigkeit mit Teilen der CDU und der FDP – nichts anderes ein als die Steuern zu erhöhen, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Insbesondere die Gewerbesteuererhöhung mache in dieser Zeit, in der es den Celler Firmen wirtschaftlich nicht gut geht, keinen Sinn. Hier erwarte er vom Oberbürgermeister als oberster Wirtschaftsförderer der Stadt ein anderes Handeln. Hinzu komme die Anhebung der Grundsteuer, die kontraproduktiv für den Zuzug von Neubürgern sowie für die Ansiedlung neuer Unternehmen sein werde. Deshalb plädiere er für weitere strukturelle Veränderungen, denn bei Personalgesamtkosten von rd. 55 Mio. Euro müsse in erster Linie über die Verwaltungsstruktur nachgedacht werden. Beispielsweise werden im Grünflächenbereich 2 Stellen gestrichen werden, um dann gleich für die Niederschlagswassergebühr 2 neue Beschäftigte einzustellen und das für ein Projekt, dessen Effizienz höchst fragwürdig erscheint. Weiterhin müsse man kritisch hinterfragen, ob man sich bei dieser Haushaltslage ein eigenes Kulturdezernat und 6 Depots für den Kulturbereich mit ca. 500.000 Kunstgegenständen leisten könne. Hier danke er dem Ersten Stadtrat, der in seinem Dezernat nachhaltige Einsparungen im Personalbereich erzielt habe, dies übrigens als einziger aus dem Verwaltungsvorstand. Dies sei allerdings nicht ausreichend, deshalb schlage er u. a. vor:

- Aufgaben nach § 2 SGB VIII (Jugendhilfe), die die Stadt für den Landkreis ausführt, an den Landkreis zurückzugeben,
- den Gesellschaftsvertrag mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft dahingehend zu überarbeiten, dass von der WBG zukünftig Aufgaben für die Stadt aus dem Bereich Gebäudewirtschaft übernommen werden.

Er appelliert an den Rat, diese Vorschläge nachhaltig zu unterstützen. Insgesamt müsse festgestellt werden, dass in diesem Haushalt noch ein großes strukturelles Einsparpotential stecke, dass von der Verwaltung noch nicht angegangen worden ist. Die Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN werde den Haushalt 2016 ablehnen.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass er sich eigentlich an der Haushaltsdebatte nicht beteiligen wollte, aber es sei doch einiges falsch dargestellt worden. Bereits im Vorfeld des Haushaltes habe die Verwaltung Einsparungen von rd. 9 Mio. Euro an Aufgaben und Personalkosten eingespart; dies sollte vom Rat hinreichend gewürdigt werden, denn alle städtischen Beschäftigten und alle Dezernate hätten ihren Beitrag dazu geleistet. Bezüglich der aktuellen Verwaltungsstruktur fragt er sich, warum die Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN keinen Antrag dahingehend gestellt habe, das Kulturdezernat zu streichen. Hier stehe der Rat in der Verantwortung, entsprechende Entscheidungen zu treffen und nicht nur zu äußern, was man tun könnte. Im Übrigen hätten DIE UNABHÄNGIGEN damals der neuen Organisationsstruktur zugestimmt, mithin also auch der Einrichtung des Kulturdezernates. Weiterhin werde seit

2003 regelmäßig geprüft, welche städtischen Aufgaben ggf. an den Landkreis abgegeben werden können; seinerzeit seien u. a. die weiterführenden Schulen und der ÖPNV zurück an den Landkreis gegangen. Die Abgabe der Jugendhilfe sehe er kritisch, denn dies könne unterm Strich sogar teurer für die Stadt werden (sh. Hildesheim). Eine neue Jugendhilfevereinbarung werde derzeit mit dem Landkreis verhandelt, hier sei man auf dem richtigen Weg. Des Weiteren führe man mit dem Land Gespräche, um möglichst eine nennenswerte Entschuldung zu erreichen.

Ratsherr Schoeps weist darauf hin, dass das Motto nicht heißen dürfe „Erhöhung der Realsteuern und der Kita-Gebühren“ und fertig ist der genehmigungsfähige Haushalt; das sei zu kurz gedacht. Die Verwaltung hätte schon gute Vorarbeit geleistet und viele Sach- und Personalkosteneinsparmöglichkeiten in den Haushaltsentwurf eingearbeitet. Durch den Einbruch bei der Gewerbesteuer seien diese Konsolidierungsbemühungen quasi wieder zunichte gemacht worden. Das Haushaltsdefizit müsse somit als chronisch bezeichnet werden. Man müsse erkennen, dass die Probleme auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite überwiegend struktureller Natur sind; auf der Einnahmenseite durch die einseitige Abhängigkeit von der lokalen Erdölindustrie und auf der Ausgabenseite durch zu viele und zu teure Verwaltungsaufgaben. Deshalb schlage er vor nicht die Steuern zu erhöhen, sondern an die verkrusteten Verwaltungs- und Ausgabestrukturen heranzugehen. Vorzugsweise sollten die Stadt Aufgaben an den Landkreis abgeben, die sie noch immer auf eigene Kosten erledigt, obwohl nach dem Gesetz der Landkreis zuständig ist (z. B. Naturschutz, Wasserwirtschaft, Boden u. Immissionsschutz). Auch bei solchen Aufgaben wie Rechnungsprüfungsamt, Ausländerrecht inkl. Integration u. Migration, Brand- und Katastrophenschutz, Museen, Theater, Büchereien, Sportförderung, Bau- und Grundstücksordnung und Wirtschaftsförderung seien Optimierungen möglich, denn die Aufgaben werden seit vielen Jahren vom Landkreis für alle anderen Landkreisgemeinden quasi kostenlos mit erledigt – und zwar aus den Mitteln der für alle gleich hohen Kreisumlage. Die von der WG-Fraktion geforderte Neuorganisation könnte bald die heißbegehrte „schwarze Null“ bringen. Die vorhandenen Unwuchten bei der Kreisumlage müssten schnellstmöglich beseitigt werden, dann könne das strukturelle Haushaltsdefizit reduziert werden und die beabsichtigten Steuer- und Gebührenerhöhungen, die die Celler Betriebe und die Bürger/innen zu tragen hätten, wären nicht nötig. Im Übrigen sei die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene befristete Steuererhöhung eh ein Ammenmärchen, denn erfahrungsgemäß werde eine einmal eingeführte Steuer nicht wieder abgeschafft (siehe Schaumweinsteuer oder den Solidaritätszuschlag). Wegen dieses Steuer- und Gebühren-Erhöpfungswahnsinns werde die WG-Fraktion dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Ratsfrau Fiss trägt vor, dass eine Erhöhung der Realsteuern sowohl die Celler Betriebe als auch die Konsum- und Investitionstätigkeit schwächen würde. Der Geschäftsführer der IHK habe davor gewarnt, dass ggf. Celler Firmen den hiesigen Standort verlassen werden, wenn die Steuererhöhung realisiert werde. Dann würde der Verlust von Arbeitsplätzen drohen. Der Oberbürgermeister als oberster Wirtschaftsförderer sollte eher darauf hinwirken die Realsteuern zu senken, um die Celler Betriebe langfristig an diesen Standort zu binden.

Ratsherr Müller schlägt vor, zunächst einmal einige großenwahnsinnige Projekte in dieser Stadt zu beenden, um das horrendes Defizit zu verringern. Er räumt aber auch ein, dass der Rat die Ursache der desaströsen Situation selbst kaum ändern könne, da der Einbruch der Gewerbesteuer durch externe Faktoren verursacht werde. Das werde wohl vorerst länger so bleiben. Deshalb sollte die Gewerbesteuer moderat erhöht werden, hier könne er sich eine Anhebung um 10%-Punkte vorstellen, alles andere würde die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu sehr belasten. Ähnlich sehe er es bei der Grundsteuer, denn den Immobilienbesitzern sei ja gerade erst die neue Niederschlagswassergebühr aufgebürdet worden. Bei den Kita-Gebühren sollten die Eltern nicht zur Kasse gebeten werden, wenn es um frühkindliche Bildung gehe. Dies mache erst recht keinen Sinn, wenn nach wie vor Millionen in das Grab der Congress Union abfließen und dadurch Verluste sozialisiert werden. Ebenso sei die Planung einer Mehrzweckhalle ein überflüssiges Vorhaben, das man sich nicht leisten könne. Man müsse endlich mal so ehrlich sein und aufhören, kostspielige Investitionsvorhaben in die Folgejahre zu schieben, denn auch in zwei oder drei Jahren sei das Geld dafür

nicht da. Dazu würden auch der gegenläufige Ausbau des Nordwalls und der ständige Neubau von Verkehrskreiseln gehören. Hier mache man Überflüssiges, weil man Fördermittel bekommt und man lasse Notwendiges, weil dafür kein Geld vorhanden ist. Die Fraktion LINKE/BSG werde dem Haushalt nicht zustimmen, da zunächst einmal an geeigneter Stelle gespart werden müsse, bevor Steuern erhöht werden.

Ratsherr Dr. Knigge erklärt, dass der Hinweis des Beigeordneten Zobel, kleine Betriebe würden keine Gewerbesteuer zahlen, so nicht korrekt sei. Um Steuergerechtigkeit gegenüber normalen Einkommen zu gewährleisten und wirtschaftliche Härten gegenüber kleinen Gewerbebetrieben zu verhindern, gebe es einen Gewerbesteuerfreibetrag. Dieser sei jedoch sehr gering und hier sollte Herr Zobel den Celler Betrieben doch mehr Produktivität zutrauen als von ihm postuliert.

Beigeordneter Rejmann regt an die Jugendhilfe bei der Stadt zu belassen, denn nur so könne entsprechende Bürgernähe praktiziert werden. Bezüglich der Gewerbesteuer werde mal wieder eine Angstpsychose erzeugt, denn seit Jahren erfolge eine sukzessive Erhöhung dieser Steuer und bisher habe noch keine Abwanderungsflut Celler Unternehmen eingesetzt. Die derzeitige Haushaltslage erfordere diese Maßnahme insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt mit dem Land über eine eventuelle Entschuldung verhandeln wolle und da müsse ein gewisser Sparwillen usw. gezeigt werden. Ebenso müsse die Senkung der Kreisumlage nachhaltig verfolgt werden, aber diverse Parteien im Kreistag würden dies blockieren.

Ratsherr Dr. Übermuth gibt an, dass Beigeordneter Rejmann heute mal wieder schulmeisterhaft auftrete. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass viele Initiativen erarbeitet worden seien und als Ergebnis sei ein geeigneter Haushalt aufgestellt worden. Dennoch müssten einige Dinge kritisch betrachtet werden; zum einen seien solche Kreisel wie an der Welfenallee absolut überflüssig. Zum anderen kämen die in Rede stehenden Steuerausfälle nicht so überraschend wie immer behauptet, dies sei schon weitaus früher erkennbar gewesen. Bezüglich der Erhöhung der Gewerbesteuer würden große Unternehmen sehr genau ihre Standortbedingungen verifizieren und wenn auf lange Sicht die gewünschten Gewinne nicht erzielt werden, würden sie ggf. abwandern.

Beigeordneter Dr. Bischoff erklärt, dass heute viele sinnvolle Vorschläge gekommen seien, um langfristig strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Aber jetzt sei kurzfristiges Handeln erforderlich, damit es im Jahr 2016 in Celle weitergehen könne. Die Verwaltung habe viele Einsparpotentiale erarbeitet und eingebracht, nun müsse den Bürger/innen auch vermittelt werden, dass nicht nur einseitig zu ihren Lasten gespart werde. Man habe versucht, die Belastungen möglichst gleichmäßig zu verteilen und Einzelne nicht übermäßig zu belasten. Insgesamt sei ein Kompromiss gefunden worden, den Rat und Verwaltung vertreten können. Bezüglich der Gewerbesteuer weist er darauf hin, dass dies kein spezifisches Celler Problem sei, hier hätten viele Kommunen das Problem eines unausgeglichene Haushaltes und den damit verbundenen notwendigen Steuererhöhungen.

Beigeordneter Ehlers geht auf den Antrag Nr. 47/2015 der CDU-Fraktion ein und erklärt, dass durch die vorgesehene Einrichtung eines Produktkontos hier nun endlich Bewegung in die Sache komme. Gleichzeitig werde mehr Transparenz geschaffen. Dennoch halte er seine Forderung aufrecht, auch Mittel aus dem Klimaschutzfonds zur Förderung des Radverkehrs einzusetzen, denn bei der Einrichtung dieses Fonds habe diese Förderung höchste Priorität gehabt. Deshalb sei nicht verständlich, dass sich die Verwaltung jetzt so schwer damit tut.

Ratsherr Didschies merkt an, dass bezüglich der Kita-Gebühren für die CDU-Fraktion ein Abrücken vom Deckungsgrad in Höhe von 25 % nicht infrage komme. Bereits in den letzten Jahren haben man mehrfach begründet wie es zu dieser Höhe gekommen ist, die landesweit - mit einigen Ausnahmen - Anwendung findet. Klar sei jedoch auch, dass die erheblich gestiegenen Personal- und Sachkosten aus dem laufenden Jahr an die Personensorgeberechtigten weitergegeben werden müssen. Doch derzeit seien die möglichen Maßnahmen und

Kostenauswirkungen im Einzelfall nicht transparent genug. Hinzu komme die große Ungewissheit, wie sich die Einkommen zukünftiger Kindergarteneltern und die Familienstrukturen auf die Gebühren auswirken werden (siehe Geschwisterermäßigungen und die hiesige Sozialstaffel). Dennoch sei er zuversichtlich, dass es in den nächsten Monaten gelingen wird, die im HSK vorgesehene Summe einvernehmlich im Jugendhilfeausschuss zu erarbeiten.

Ratsherr Cewe zeigt sich besorgt, wie selbstverständlich heutzutage über Steuererhöhungen gesprochen werde. Dadurch werde Celle als Wirtschaftsstandort nicht attraktiver. Die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer sei das völlig falsche Signal nach außen. Ebenso sehe er eine gewisse Ungerechtigkeit bei der Hundesteuer.

Ratsfrau Schrader erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des Zuschusses an die CD-Kaserne (für die Kinder- und Jugendarbeit) grundsätzlich gut sei, sie hätten jedoch nicht gesagt, wie lange die tarifgerechte Zahlung erfolgen solle. Weiterhin passe diese Haltung nicht zu der bisher restriktiven Personalpolitik der CDU und auch bei der sog. bunten Liste habe die CDU auf eine Kürzung gedrängt, obwohl dies zu Lasten der Jugendlichen gehe. Beigeordneter Gevers zeigt sich verwundert, dass Frau Schrader als Mitglied des Aufsichtsrates der CD-Kaserne solch eine Meinung vertrete. Sie bringe hier Kritik vor, habe aber selber keine Anträge gestellt, um eine andere Vorgehensweise zu bewirken.

**zu 14.1 Prüfauftrag Nr. 225 (Liste 3); Reduzierung der Spielplätze bzw. der bei deren Unterhaltung umgesetzten Standards
BV/0340/14-1**

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen wie folgt:

Der Rückbau und die Umwandlung in einfache Grünanlagen sind weiter umzusetzen. Den planungsrechtlichen Empfehlungen wird gefolgt.

**zu 14.2 Sachstandsbericht Prüfauftrag Nr. 232 (Liste 3); Betriebsform des Fachdienstes "Klärwerk und Kanalbetrieb"
BV/0414/15-1**

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Gründungsprozess für die Überführung des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb zum 1.1.2017 einzuleiten und den betroffenen Fachausschüssen regelmäßig zu berichten. Der Rat behält sich eine Entscheidung zur Überführung des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb in einen Eigenbetrieb in Abhängigkeit von der zahlenmäßigen Darstellung der positiven Effekte für eine Haushaltskonsolidierung vor.

**zu 14.2.1 Sachstandsbericht Prüfauftrag Nr. 232 (Liste 3); Betriebsform des Fachdienstes "Klärwerk und Kanalbetrieb"
BV/0414/15**

Protokollierung siehe TOP 14.2.

**zu 14.3 Antrag Nr. 47/2015 der CDU-Fraktion - Einrichtung eines Produktkontos "Ausbau und Erneuerung von Radverkehrsanlagen" im Finanzhaushalt 2016
BV/0455/15**

Der Rat beschließt einstimmig die Einrichtung eines eigenständigen Produktkontos für den Ausbau und die Erneuerung von Radverkehrsanlagen haushaltsneutral für den Finanzhaushalt 2016 und die Bildung eines Deckungsringes mit den zur Deckung vorgeschlagenen Konten. Dem Antrag der CDU-Fraktion wird teilweise gefolgt und gilt damit als erledigt.

**zu 14.4 Realsteuerhebesatzsatzung
BV/0425/15-1**

Der Rat beschließt mehrheitlich (22x JA, 18x NEIN) die Realsteuerhebesatzsatzung in der beratenen Fassung.

**zu 14.4.1 Realsteuerhebesatzsatzung
BV/0425/15**

Protokollierung siehe TOP 14.4.

**zu 14.5 Hundesteuersatzung der Stadt Celle
BV/0426/15**

Der Rat beschließt mehrheitlich die der o. g. Vorlage beigefügte Hundesteuersatzung.

**zu 14.6 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016 - Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses
BV/0365/15-1**

Der Ratsvorsitzende lässt zunächst über den Antrag Nr. 91/2015 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "HSK 2016 - keine Umsetzung der vorgesehenen Anhebung des Elternanteils von 25% auf 30%" abstimmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Danach folgt eine kurze Diskussion des Rates, ob zum jetzigen Zeitpunkt zur o. g. Vorlage überhaupt eine Beschlussfassung in Betracht komme. Abschließend erklärt der Oberbürgermeister, dass die Verwaltung aufgrund der vorangegangenen Beratungsergebnisse diese Beschlussvorlage zurückziehe. Ein Beschluss des Rates wird nicht gefasst.

**zu 14.6.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016 - Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses
BV/0365/15**

Protokollierung siehe TOP 14.6.

**zu 14.7 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016
/0424/15-1-1**

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen das Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016.

zu 14.7.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 und 2016
BV/0424/15-1

Protokollierung siehe TOP 14.7.

zu 14.7.2 Haushaltssicherungskonzept 2015/2016
BV/0424/15

Protokollierung siehe TOP 14.7.

zu 14.8 Haushaltsplan 2016
BV/0316/15-1

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen die Haushaltssatzung 2016 in der beratenen Fassung.

zu 14.8.1 Haushaltsplan 2016
BV/0316/15

Protokollierung siehe TOP 14.8.

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 15.1 Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Innenstadt an Wochenenden.
Anfrage Nr. 58/2015 der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.07.2015
MV/0348/15

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 15.2 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen
MV/0376/15

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 15.3 Unterjähriges Berichtswesen: Bericht der Stadt Celle zum 30.09.2015
MV/0436/15

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Ratsvorsitzender

Oberbürgermeister

Schriftführer/in